

# GE soll alles tun, um Arbeitslose zu vermeiden

Die Gewerkschaft ruft zur Demonstration auf. Die Wirtschaft warnt vor Interventionismus.

Der Aargauische Gewerkschaftsbund hat an seiner Delegiertenversammlung eine Resolution zum Stellenabbau bei Alstom verabschiedet. Man sei über die geplante Streichung von 1300 Arbeitsplätzen im Aargau «zutiefst erschüttert». Das sei ein schwerer Schlag für den Industriestandort Aargau. AGB-Präsident Kurt Emmenegger schreibt: «Dass der Konzern jetzt ausschliesslich auf Gewinnmaximierung aus ist, ist enttäuschend und lässt an der GE-Aussage zweifeln, dass sie ein «starker Partner der Schweizer Wirtschaft» sein wollen.»

Der Gewerkschaftsbund fordert GE deshalb auf, alles zu tun, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Stellen zu erhalten. Den vom Abbau und der Auslagerung betroffenen Angestellten müsse rasch und unbürokratisch geholfen werden. GE müsse mindestens Hand bieten für einen guten Sozialplan. Den Regierungsrat fordere der AGB auf, zusammen mit dem Bundesrat den Druck auf GE zu erhöhen «und verbindliche Zusagen für den Erhalt des Industriestandortes Aargau auszuhandeln».

Zudem müsse die Regierung vom Bundesrat eine entschlossene Industriepolitik verlangen. So müsse «der schlechte Arbeitnehmerschutz in der Schweiz, wo es am

billigsten ist, Leute zu entlassen, dringend verbessert werden». Nötig sei zudem ein neuer Euro-Mindestkurs. Arbeitnehmende und Bevölkerung rufe der AGB auf, heute um 11 Uhr auf dem Trafoplatz Baden gegen die GE-Abbaupläne zu demonstrieren.

## **AIHK gegen Doppelspurigkeiten**

Die von GE geplanten Abbaumassnahmen seien nicht nur für betroffene Arbeitnehmer hart. «Sie treffen auch viele Zulieferer und schaffen ein Problem für die Aargauer Wirtschaft.» Dies schreibt die **Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)**. Der Aargau solle ein Industriekanton bleiben, schreibt **AIHK**-Präsident Daniel Knecht. Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Arbeitsplätzen in diesem Sektor sei eine der Stärken des Standorts.

Das Kernproblem von GE dürfe man aber nicht aus den Augen verlieren: den starken Einbruch der Nachfrage nach Gasturbinen. Die **AIHK** erachtet die kantonale Task-Force zur Abfederung der Abbaumassnahmen und zur Unterstützung Betroffener als sinnvoll und sei bereit, mitzuarbeiten. Die Task-Force dürfe aber keinesfalls zu Doppelspurigkeiten mit dem gesamtarbeitsvertraglichen Konsultationsverfahren führen. Interventionismus «hilft nicht oder zumindest nicht nachhaltig, wie das die über Jahre verfolgte französische Industriepolitik eindrücklich belege», hält die **Handelskammer** fest. (MKU)